

## Hamburger SPD für atomwaffenfreie Zone in Europa

### Schmidt und Apel warnten – Union: Dolchstoß in Rücken der Genfer US-Verhandlungsführung

Hamburg (dpa). Die Hamburger SPD hat sich am Samstag in einer für den Bundesparteitag bestimmten Entschließung für eine atomwaffenfreie Zone in Europa ausgesprochen. Trotz Warnungen von Bundeskanzler Schmidt und Bundesverteidigungsminister Apel verabschiedete der Landesparteitag ein Papier zur Friedenspolitik, in dem eine atomwaffenfreie Zone als wichtiger Schritt auf dem Weg zu Stabilität und Entspannung in Europa bezeichnet wird. Die Befürworter dieser Entschließung sprachen von einem „Signal, daß wir in Europa auf Atomwaffen verzichten wollen“.

Die Delegierten ließen in den Vorberatungen allerdings einen weitergehenden Antrag fallen, die Bundesregierung aufzufordern, die Zustimmung zum Nato-Doppelbeschluß zurückzunehmen. Apel hatte diese Forderung als „irreal und Wegnahme des Nachrüstungsteils des Nato-Doppelbeschlusses“ bezeichnet. Selbst wenn eine atomwaffenfreie Zone in Europa geschaffen werde, sagte der Minister ferner, bleibe eine atomare Bedrohung durch die hinter dem Ural stationierten sowjetischen Raketen bestehen. Die mögliche Nachrüstung sei der einzige Hebel, um in den Verhandlungen mit der Sowjetunion die SS-20-Raketen „wegzubekommen“.

einem Verzicht auf den zweiten Teil des Doppelbeschlusses die andere Seite über die Stationierung von Mittelstreckenraketen in Europa nicht mehr zu verhandeln brauche. Der Kanzler fügte hinzu: „Wenn ihr wollt, daß ich helfen soll, darf man mir das nicht verunmöglichen.“

Nach Ansicht des außenpolitischen Sprechers der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Mertes, ist der Beschluß der Hamburger SPD für eine atomwaffenfreie Zone in Europa ein Dolchstoß in den Rücken der amerikanischen Verhandlungsführung bei den Genfer Abrüstungsgesprächen der beiden Großmächte.

**Fortsetzung nächste Seite  
Siehe auch Kommentar und weiteren Bericht im Innern**

Heute in der „SPORTZEITUNG AM MONTAG“

**Welpokal  
Beute von  
Phil Mahre**

**Formel 1:  
Lizenzentzüge  
nach Rennen**

**5:6 – ESG  
unterliegt in  
Braunlage**

**Gensunger  
16:14 über  
Griesheim**



## 8000 bis 10 000 Kernkraftgegner demonstrieren in Frankenberg

gegen den Bau einer Wiederaufbereitungsanlage für Kernbrennstoffe nahe des rund 4 Kilometer entfernten Wangershausen. An dem Protestzug durch die nordhessische Stadt beteiligten sich fast 30 Bürgerinitiativen aus den Kreisen Waldeck-Frankenberg, Kassel und aus dem benachbarten Hochsauerlandkreis. Mit Abordnungen vertreten waren in Frankenberg auch Bürgerinitiativen aus Gorbelen und Merenberg, das von der Deutschen Gesellschaft für Wie-

deraufarbeitung von Kernbrennstoffen (DWK) ebenfalls als möglicher Standort einer WAA vorgeschlagen worden ist. Die Demonstranten — unser Bild zeigt die Kernkraftgegner während der Kundgebung auf dem Frankenberger Obermarkt — verlief ohne Zwischenfälle. Sie war als „Willkommensgruß“ für Ministerpräsident Holger Börner gedacht, der am Dienstag zu einer Sitzung der hessischen SPD-Landtagsfraktion in Frankenberg erwartet wird. (a)

## Drei weitere Terroristen in Rom gefaßt

Rom (dpa). Nach einer dreitägigen Großfahndung in Mittelitalien hat die Polizei gestern abend in einem Keller in Rom drei weitere Terroristen gefaßt. Nach ersten Angaben der Polizei sollen sie zu der Gruppe gehören, die am Donnerstag in Siena eine Bank überfallen und anschließend zwei Karabinieri getötet hatte. Die Drei, darunter eine ver-

letzte Frau, hatten offenbar die Polizeisperrn überwunden, die nördlich von Rom errichtet worden waren.

Hier waren am Samstagabend bereits zwei der flüchtigen Terroristen in einer Grotte gestellt worden. Auf dem Weg in eine Polizeikaserne konnten die Beamten nur mühsam verhindern, daß die aufgebrachte Bevölkerung die Terroristen lynchte. Bei einem der Gefaßten handelt es sich um Antonio Foroni, der als ein Killer der Terror-Organisation „Vorderste Front“ gesucht wurde.

## Primas: Polen müssen sich selbst vor Untergang retten

**Erzbischof Glemp ruft zum Dialog auf**

Warschau (dpa). Einen Tag vor der Sitzung des polnischen Parlaments, in der die Dekrete des Kriegsrechts bestätigt werden sollen, hat der Primas von Polen, Erzbischof Glemp, noch einmal zum Dialog aufgerufen. In der vom Rundfunk übertragenen Sonntagsmesse aus Warschau mahnte er, die Polen müßten sich selbst vor dem Untergang retten. Aber das könne nur in nationaler Einheit geschehen, und dazu brauche man den Dialog.

brief der polnischen Bischöfe wurde in dieser Messe nicht erwähnt. Ein Sprecher machte jedoch darauf aufmerksam, daß er in allen anderen Kirchen gelesen werde. Dieser Text sei sehr wichtig und man bitte, ihn besonders aufmerksam anzuhören.

In diesem Hirtenbrief, den die Bischöfe am Dienstag letzter Woche verfaßten, fordert die Kirche die Achtung der Freiheit eines jeden Menschen und der polnischen Nation, die unverzügliche Freilassung der Internierten, Verzicht auf ideologischen Druck und die Wiederherstellung des Rechts, sich in Gewerkschaften und Verbänden zu organisieren. Papst Johannes Paul II. stellte sich in einer Sonntagssprache ausdrücklich hinter die Forderungen des Hirtenbriefes. Er sagte, die Wünsche des polnischen Episkopats seien auch seine eigenen Wünsche.

Erzbischof Glemp predigte in der überfüllten Kirche über die Worte des Apostel Paulus „Ihr sollt frei von Bedrängnis sein“. Zahlreiche Gläubige hätten sich in „Schmerz, Verwirrung und Depression“ an die Kirche gewandt. Die Kirche versuche die Leiden mit allen verfügbaren Mitteln zu erleichtern. Für die Internierten werde Hilfe organisiert, und auf verschiedenen Ebenen fänden Gespräche mit den Behörden statt. Der Hirten-

**Fortsetzung nächste Seite**

## Roth: Arbeitsprogramm mit Krediten vorfinanzieren

**FDP-Chef Genscher für „Ruhe an der Vorschlagsfront“**

Bonn (dpa/ddp). Ein Beschäftigungsprogramm sollte nach Ansicht des wirtschaftspolitischen Sprechers der SPD-Bundestagsfraktion, Roth, über Kreditaufnahmen „vorfinanziert“ und „nach Anlaufen der Konjunktur und der Beschäftigung“ durch Steuer- und Abgabenerhöhungen nachfinanziert werden. In einem Interview äußerte Roth gestern die Überzeugung, daß die SPD/FDP-Koalition über die Frage, wie ein „klares Rückzahlungsprogramm“ aussehen könnte, einen vernünftigen Kompromiß erzielen könne.

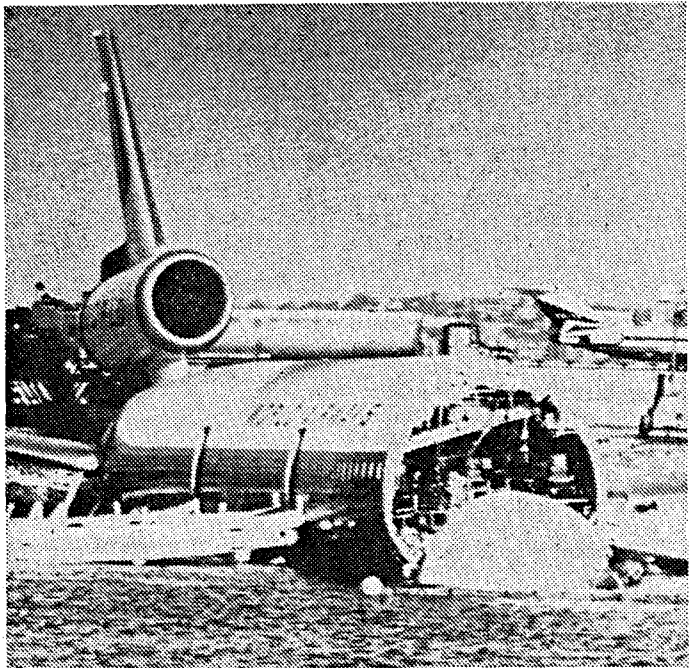
Nach Roths Worten sollten sich alle sozialen Gruppen und der Staat auf eine beschäftigungspolitische Offensive einigen, bei der die Gewerkschaft zu einer vernünftigen Lohnpolitik, die Arbeitgeber zu Arbeitszeitverkürzungen und die Bürger, die Einkommen und Arbeit hätten, bereit sein müßten, „ein Stück von ihrem Einkommen zur Verfügung zu stellen“.

Diese Linie unterstützte auch

die Hamburger SPD auf ihrem Landesparteitag. Ihre Forderung nach einem 10-Milliarden-Programm für drei Jahre und einer steuerlichen Ergänzungsabgabe wurde dagegen von FDP-Vorstandssprecher Schmülling in Bonn als „bedauerliche Abkehr“ von der Politik des Kanzlers und der Koalition bezeichnet. Dies sei mit der FDP nicht zu verwirklichen. Der FDP-Vorsitzende, Außenminister Genscher, sprach sich unterdessen für „Ruhe an der Vorschlagsfront“ aus und erneuerte die Forderung nach einer gemeinsamen Kraftanstrengung aller Gruppen der Bevölkerung.

Die von der FDP befürwortete Allparteien-Kommission zur Lösung der Probleme am Arbeitsmarkt wurde am Wochenende durch den stellvertretenden CDU-Fraktionsvorsitzenden Wörner erneut abgelehnt, weil sonst die Verantwortung der Regierung verwischt werde.

**Fortsetzung nächste Seite**



## Boston: Großraum-Jet rutschte in Hafenbecken – 39 Leichtverletzte

Eine DC-10 der amerikanischen Fluggesellschaft „World Airways“ ist am Samstagabend mit 208 Menschen am Bord auf dem Flughafen von Boston von der vereisten Piste abgekommen und in ein angrenzendes Hafenbecken gestürzt. Alle Passagiere und Besatzungsmitglieder überlebten das Unglück, 39 mußten mit leichten Verletzungen in Krankenhäusern behandelt werden. Die Maschine hatte

bei dichtem Nebel und Eisregen zur Landung angesetzt. Nach Angaben der Flughafenbehörden schleuderte sie von der Landebahn und rutschte über eine steinerne Einfassungsmauer mit der Kanzel voran in das Hafenbecken. Dabei riß die Kanzel auf, und Wasser flutete in die Passagierkabine. Das Flugzeug rutschte bis zu den Tragflächen ins Wasser (unser Bild).

(dpa/upi-Funkbild)

## Hannover: Eindeutige Mehrheit für Albrecht als CDU-Spitzenkandidat

Hannover (H.B.). Die Niedersachsen-CDU zieht wieder mit Ministerpräsident Albrecht als Spitzenkandidat in den Wahlkampf. Das Wahlmänner-Gremium der Union, das am Samstag in Hannover mit 111 Ja-gegen sieben Nein-Stimmen bei einer Enthaltung die Landesliste für die Landtagsneuwahl am 21. März verabschiedete, bestätigte erwartungsgemäß Albrecht auf Platz eins, den er bereits bei der

Landtagswahl 1978 eingenommen hatte.

Auf dem nächsten Platz folgt der Vorsitzende der Niedersachsen-CDU, Hasselmann, auf Platz drei der Landesvorsitzende der CDU-Sozialausschüsse, Sozialminister Schnipkowitz. Hasselmann bezeichnete die Geschlossenheit, mit der die Partei die Landesliste gebilligt habe, als „besten Einstieg in den Wahlkampf“.

## Startbahngegner wollen in Karlsruhe Verfassungsbeschwerden einlegen

Frankfurt (ddp). Die Gegner des geplanten Startbahnbaus am Frankfurter Flughafen wollen noch in dieser Woche Verfassungsbeschwerden beim Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe einlegen. Wie der Sprecher der Startbahngegner, der suspendierte Frankfurter Magistratsdirektor Schubart, am Sonntag erklärte, richtet sich die Beschwerde gegen die vom Hessischen Staatsgerichtshof entschiedene Ableh-

nung eines Volksbegehrens „nicht gegen die Sache, sondern stützt sich ausschließlich auf die Verletzung von Grundrechten“.

## Lotto- und Totozahlen

Lotto: 8, 12, 26, 27, 39, 45, Zusatzzahl 7.  
Toto: 1, 1, 0, 2, 1, 2, 1, 1, 2, 2, 1.  
Auswahlwette: 18, 31, 32, 34, 44, 45.  
Zusatzspiel: 30.  
Pferdetoto: 18, 9, 17.  
Pferdelotto: 2, 7, 13, 17.  
Spiel 77: 0 6 6 9 6 4 6.  
(Ohne Gewähr)